

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Rieser.
Vertrauf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachamt: Dresden 1538
Grotzasse Rieser Nr. 52.

Nr. 290.

Freitag, 12. Dezember 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Notizen. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabes und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für gewöhnliche Anzeigen 10 Pfennig pro Zeile 100 Buchstaben; für besondere Anzeigen 20 Pfennig pro Zeile 100 Buchstaben; für Anzeigen mit Bild 30 Pfennig pro Zeile 100 Buchstaben; für Anzeigen mit Bild 30 Pfennig pro Zeile 100 Buchstaben; für Anzeigen mit Bild 30 Pfennig pro Zeile 100 Buchstaben. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Rieser.

Vom Reichstage.

Berlin. (Funknach.) Der Reichstag ist in der Presse, die von einer Einberufung des Reichstages schon zum 22. oder 23. Dezember wissen wollten, erwiesen sich nach unseren Informationen als falsch. Nach einer Mitteilung des Reichsministeriums des Innern kann die endgültige Festsetzung des Wahlergebnisses frühestens am 27. Dezember erfolgen. Das endgültige Wahlergebnis muß aber erst festgestellt werden, bevor an die Einberufung des Reichstages gedacht werden kann.

Am Montag, den 15. Dezember tritt der Ausschuss zur Wahrnehmung der Rechte der Volkvertretung (Überwachungs-ausschuss) am Nachmittag zu einer Sitzung zusammen. Er will sich mit der Erledigung schwebender Fragen beschäftigen.

Für Donnerstag, den 18. Dezember ist der Ausschuss für die Personalabgabenverordnung wieder zu einer Sitzung berufen.

Das Zentrum hat seine erste Fraktions-sitzung am Mittwoch, den 17. Dezember festgesetzt.

Regierungsauftrag an Dr. Stresemann?

Berlin, 12. Dezember. Wie wir soeben erfahren hat Reichskanzler Dr. Marx dem Reichspräsidenten Herrn Ebert empfohlen, den Außenminister Dr. Stresemann mit der Bildung der neuen Reichsregierung zu betrauen. Ob der Reichspräsident diesem Rat Folge leisten wird, hängt jedoch von den Besprechungen ab, die der Reichspräsident in den nächsten Tagen mit den Führern der neuen Reichsparteien haben wird. Jedenfalls hat es augenblicklich den Anschein, als ob durch eine Veranlassung Dr. Stresemanns die Bildung einer Bürgerblockregierung in kurzer Zeit gesichert sein wird.

Die Parteiführer beim Reichskanzler.

Berlin. (Funknach.) Der Reichskanzler hat um 11 Uhr die Führer der Koalitionsparteien empfangen. Es waren von der Deutschen Volkspartei Schulz, Jasp, Curtius, vom Zentrum Stegerwald, Spahn, Weder-Krüger, von den Demokraten Koch, Erkelenz erschienen. Um 4 Uhr wird der Kanzler die Deutschnationalen empfangen, darunter Graf Westarp, morgen die Sozialdemokraten. Montag und Dienstag werden die Fraktionen zusammenzutreten, das Zentrum wohl erst am Mittwoch.

Die sächsischen Reichstagsabgeordneten.

Der von uns gestern veröffentlichten Liste der endgültig gewählten sächsischen Reichstagsabgeordneten sind noch folgende Namen hinzuzufügen:

Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes:

Wahlkreis Dresden-Baugen:

Blasermüller Oskar Weier-Dresden.

Wahlkreis Chemnitz-Zwickau:

Oberpostsekretär Lude-Chemnitz.

Reichskanzler Marx über die politische Lage.

Berlin. Der Reichskanzler erklärte gestern einem Redakteur des Hamburger Fremdenblattes in einer Unterredung auf die Frage: Ob der neue Reichstag die Gewähr bietet für eine Unterbrechung der vom Reichskabinet bisher besetzten Außenpolitik:

„An und für sich scheint mir diese Gewähr durchaus gegeben, denn eine große Mehrheit der Wähler hat am 7. Dezember den Parteien ihre Stimme gegeben, die, wie das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten, im alten Reichstag die eigentlichen Träger dieser Politik waren, oder die, wie die Sozialdemokratie und die Bayerische Volkspartei diese Politik unterstützt haben. Seit der Annahme der Damesgesele im Reichstage ist die Frage der Unterbrechung einer früheren Regierungsmehrheit fast geworden. Nach meiner Überzeugung entspricht die Erweiterung der Regierung durch Hinzuziehung der Parteien, die die Regierungspolitik bislang gestützt haben und bei den Wahlen am 7. Dezember die Billigung ihrer Wähler erhalten haben, dem logischen Sinn des Wahlausfalles. Ich verstehe deshalb, daß vielfach die Schaffung der Großen Koalition, die schon vor einem Jahr erstmalig durch den damaligen Reichskanzler Dr. Stresemann erfolgt ist, auch jetzt als Vollzug des Willens der deutschen Wähler anzusehen ist. Eine Erweiterung der Regierung nach rechts, gegen die ich bei der gegenwärtigen außenpolitischen Lage Deutschlands gewisse Bedenken hege und öffentlich ausgesprochen habe, ist zwar im neuen Reichstag auch ohne Einbeziehung der Demokraten rechtmäßig möglich, ob sie aber für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik, die, wie ich stets betont habe, im Vordergrund des politischen Interesses stehen muß, erwünscht oder auch nur tragbar ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Ich persönlich bin nicht in der Lage, diese Frage zu bejahen. Sollte es trotzdem dem Willen der Parteien entsprechen, auch diese Möglichkeit zu erschöpfen, so werde ich diesem Versuch keine Schwierigkeiten in den Weg legen, aber persönlich glaube ich nicht, die Verantwortung dafür übernehmen zu können.“

Auf die Frage, ob denn das Zentrum eine Rechtsregierung unterstützen werde, erwiderte der Kanzler: „Das Zentrum hat seit 1919 auch in den schwierigsten Situationen der Regierung seine Unterstützung nicht verweigert. Das Zentrum hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß lediglich sachliche Gründe für eine Kabinettsbildung entscheidend sein dürfen, daß jede Unterbrechung der bisherigen Außenpolitik, komme sie von rechts oder von links, willkommen ist, wenn nur die Gewähr dafür geboten wird, daß der außenpolitische Kurs unbedingt eingehalten wird.“

„In Berlin. In dem Interview des Reichskanzlers mit einem Vertreter des Hamburger Fremdenblattes wieder die „Germania“: Der Reichskanzler Marx sprach zwar, wie er ausdrücklich hervorhob, nur für seine Person. Aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß sein Bekenntnis für die Haltung der Zentrumspartei des Reichstages von höchster Bedeutung sein wird. Es steht in seinen Worten kein unbedingtes „Nein“ für die Zentrumspartei gegenüber einer Rechtsregierung, aber wenn man darin ein bedingtes „Ja“ sehen will, so sind seine Bedingungen jedenfalls für die Rechtsparteien von außerordentlich schwerwiegender Natur. Darin wird die gesamte Fraktion des Zentrums mit dem Reichskanzler übereinstimmen, daß es für sie ausreichen würde, eine Rechtsregierung zu unterstützen oder überhaupt zu unterstützen, die von dem alten bewährten Kurs der Mitte abweicht.“

Auch die „Wolfsche Post“ und das Berliner Tageblatt glauben nicht, daß eine Rechtsregierung im Reich bereits als sicher gelten kann.

Der Etat für 1925 im Reichsrat.

Berlin. In der gestrigen öffentlichen Verhandlung des Reichsrates fand der Haushaltsplan für das Jahr 1925 auf der Tagesordnung. Ministerialdirektor Sachs gab einen Überblick über den Entwurf des Reichshaushaltplanes. Er wies darauf hin, daß der Reichshaushaltplan für 1925 zum ersten Male wieder auf der Grundlage der Goldwährung erscheint. In sachlicher Beziehung ist die Reichsregierung bei der Aufstellung des Haushaltsplanes zu dem bewährten Grundsatze der Finanzbehaltung zurückgegangen, wie sie vor dem Kriege beobachtet wurde.

Im außerordentlichen Haushalt erscheinen nur die Ausgaben auf Grund des Sachverständigen-Gutachtens, denen entsprechende Einnahmen gegenüberstehen, und ferner ein Ausgangspunkt aus den Schuldenverpflichtungen des Reiches im wesentlichen für Reparationsleistungen vor Beginn der Wirksamkeit des Sachverständigen-Gutachtens.

Die Reichsregierung gibt sich in einem dem Haushaltsplan beigefügten Liederband der Erwartung hin, daß die allgemeine Lage im Rechnungsjahr 1925 es gestatten werde, die im Haushaltsplan ausgeworfenen Anleiheerträge durch Unterbringung langfristiger Anleihen zu beschaffen. Ob das in der Tat möglich sein wird, wird bezweifelt werden können. Ist dies jedoch nicht möglich, so wird die Anleihe in Deutschland zum Fehlbetrag, für den zunächst eine Deckung nicht vorhanden ist.

Der Haushaltsplan beruht auch im übrigen auf recht unsicherer Grundlage. Eine einigermaßen zuverlässige Schätzung der Steuereinnahmen war deshalb nicht möglich, weil eine Neuordnung der Steuer-gesetzgebung im Gange ist und es sich noch nicht übersehen läßt, wie nach ihr die Steuererträge sich gestalten werden. Liegt nun auch eine gewisse Sicherheit darin, daß die Einnahmen aus Steuern und Verbrauchsabgaben im Rechnungsjahr 1924 bis jetzt den Sollbetrag beträchtlich übersteigen haben, so ist doch mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß der Betrag der Einnahmen und Körperschaftsteuer den des Vorjahres nicht erreichen wird. Ein weiterer Grund der Unsicherheit besteht darin, daß der bisherige Finanzausgleich mit den Ländern mit dem 31. März 1925 abläuft, ein dritter darin, daß zwar Reparationsleistungen den Reichshaushaltplan nicht belasten sollen, daß aber gleichwohl für das zweite Reparationsjahr eine Leistung von 500 Millionen Reichsmark aus dem Reichsbahngesellschaft zu veräußern. Neue Ausgaben sind grundsätzlich nicht eingestellt worden.

Die Reichsbahn und die Reichsbahn erscheinen nicht mehr im Reichshaushaltplan. Ein Reineüberschuss der Deutschen Reichsbahn hat noch nicht eingestellt werden können. Wenn der Reichshaushaltplan für 1925 mit einem Gesamtanleihebedarf von 277,4 Millionen Reichsmark abschließt, der zunächst ein ungeheimer Fehlbetrag ist, und der sich, soweit nicht durch den Verkauf von Vorzugsaktien der Reichsbahn ein Gegenwert für Reparationsleistungen gewonnen wird, noch weiter erheblich steigern kann, so zeigt das, daß wir von einer durchgreifenden Verringerung der Finanzlast des Reiches, wie sie das Ziel der Vor schläge der Sachverständigen bilden sollte, noch unendlich weit entfernt sind.

Der Gesetzentwurf enthält ferner die Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe bis zu 277,4 Millionen Mark und weiterhin eine Kreditermächtigung bis zur Höhe von 150 Millionen Goldmark, zum Zwecke der vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshaushaltkasse.

Das Reichshaushaltgesetz wurde angenommen.

Deutschlands angebliche Rüstungen.

London. Die „Daily Mail“ fährt fort, das Gespenst der deutschen Rüstungen mit dem von der deutschen Regierung schon öfters widerlegten Argumenten auch weiterhin an die Wand zu malen. Sie kündigt in einem Leitartikel die Veröffentlichung zweier Artikel eines Spezialkorrespondenten an, die sich mit den fortgesetzten geheimen Rüstungen (7) Deutschlands beschäftigen sollen. Die beiden Artikel seien auch eine Erklärung dafür, weshalb der Vorkämpfer in der nächsten Woche in Paris eintrifft. Die deutsche Regierung und ihre Beamten, die Offiziere hätten die Interalliierte Militärkontrolle behindert, sich von der vollen Ausdehnung der deutschen Rüstungsvorbereitungen zu überzeugen. Die Auflösung des deutschen Generalstabes wäre noch nicht vollzogen, er bestünde im Gegenteil weiter. Außer der Reichswehr bestünde noch eine zweite Armee in der Form der armen Polizei. Die Auflösung dieser Streitkräfte sei wiederholt von Seiten der Alliierten gefordert worden, aber die deutsche Regierung habe dieser Forderung keine Aufmerksamkeit geschenkt. Fünf Jahre nach dem Friedensschluß seien die deutschen Munitionsfabriken noch nicht vernichtet worden. Wenn Deutschland, bis an die Röhre bewaffnet, fortjähre, den Re-annegebeten zu nähern, Frankreich, Polen und die Tschechoslowakei zu bedrohen, so verhindere es dadurch jede Entmännungsmaßnahme Englands. Die Vorse verlanne fast ausschließlich ein vereinigtes Vorgehen Englands und Frankreichs.

Der Bericht

der Interalliierten Kontrollkommission.

London. Wie die „Daily Mail“ über die Militärkontrolle noch weiter hört, soll das Ergebnis der von der Interalliierten Kontrollkommission angeordneten Ermittlungen den Regierungskreisen in London und Paris mitgeteilt worden sein. Das Schriftstück hat angeblich folgenden Inhalt: 1. Die Militärkontrolle sei der Kontrolle der militärischen Einrichtungen, der Munitionsfabriken und der Inspektion militärischer Dokumente auf den beschrifteten deutschen Wärdern gestochen. 2. Unter diesen Umständen sei es unmöglich, die Kontrolle über die Abrüstung Deutschlands einer Völkerbundskommission zu übertragen. 3. Deutschland sei bewaffnet, der Generalstab sei wiederhergestellt worden. 4. Deutschland besitzt eine geheime, ungenutzte Polzei, die 100.000 Mann umfaßt. 5. Die Fabriken für Herstellung von Munition seien noch nicht zerstört worden, trotz dessen würden Gewehre und alle Art Munition hergestellt.

Die Dörge gegen General v. Serdt.

Paris. Die Abrüstungskontrolle in Deutschland bildet das Tagesgespräch. Es beschäftigt sich, daß der Vorsitzende der Interalliierten Kontrollkommission, General Walsh, zu außerordentlich ungünstigen Schlussfolgerungen über die Entwaffnung Deutschlands gelangte. Der Pariser Vertreter der Telegraphen-Union erfährt von zuverlässiger Stelle, daß die Meldungen der Berliner Vertreter der Pariser Presse übertrieben und verfrüht seien. Die Meldung des Journalists, daß die Verbündeten am 20. Dezember die Abweisung des Generalis von Serdt verlangen werden, wird als teilweise unrichtig und verfrüht bezeichnet. Man nimmt an, daß eine scharfe Note an Deutschland von der Vorkämpferkonferenz ausgestellt wird, wenn sich das englische Gerücht über den Inhalt des Berichtes der Kontrollkommission bewahrheitet. Die Vorkämpferkonferenz tritt am 17. Dezember zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. General Walsh soll an dieser Sitzung teilnehmen, um den Schlussfolgerungen Nachdruck zu verleihen. Es gehen Gerüchte um, daß Bericht dem englischen Außenminister während seiner Durchreise in Paris Angaben über den Bericht der Kommission machen wird und daß bei dieser Gelegenheit die Frage der Räumung Kölns entschieden wird.

Das Problem der Kölner Zone.

Berlin, 12. Dezember. Im Berliner Auswärtigen Amt erwartet man, wie wir hören, bereits in den nächsten Tagen eine offizielle Mitteilung über die Absichten Englands hinsichtlich der Räumung der Kölner Zone. Der deutsche Vorkämpfer in London, Dr. Stamer, der bereits mit dem Foreign Office Fühlung genommen hat, ist davon unterrichtet worden, daß der Reichsregierung eine Note des englischen Kabinetts ausgestellt werden soll. Infolgedessen wird man den in Aussicht genommenen diplomatischen Schritt erst dann vornehmen können, wenn die englische Mitteilung in Berlin eingetroffen sein wird.

Ueber die Räumung Kölns.

London. Auf eine Anfrage im Unterhause, ob die Regierung bereits die Frage der Räumung der Kölner Zone erörtern habe, erwiderte Baldwin, daß die Regierung gegenwärtig diese Frage einer sehr sorgfältigen Prüfung unterziehe. Die Entscheidung werde davon abhängen, wie Deutschland die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegten Verpflichtungen erfüllt habe. — Im Unterhause erklärte der Ministerpräsident, die Besetzung der Zone nach dem Einlaß auf unbestimmte Zeit in der Kölner Zone verbleiben solle, seien völlig aus der Luft gegriffen und entbehrten jeder Grundlage.